

Parlamentarische Gruppe Pflege

Zweimal jährlich laden der SBK, die Association Spitex Privé Suisse und Spitex Schweiz Politiker und Politikerinnen aus dem Parlament zu einem Informationsanlass ein. Zu Besuch bei einem typischen Lobby-Anlass in Bundesbern.

Text und Foto: Martina Camenzind

Auf dem Weg in Richtung Berner Innenstadt erklärt SBK-Geschäftsführerin Yvonne Ribi, was es mit der «Parlamentarischen Gruppe Pflege» – einer von über 150 solchen Gruppen – auf sich hat: «Getragen wird die PG Pflege vom SBK, der Association Spitex privée Suisse, dem Heimverband Curaviva und dem Spitex Verband Schweiz. Das Co-Präsidium besteht aus sieben Parlamentarierinnen und Parlamentariern aus allen grossen Parteien. Wir laden in der Regel zwei mal pro Jahr zu einem Info-Anlass ein.» Je nach Thema nehmen um die dreissig Personen an den Anlässen teil, zum Teil ParlamentarierInnen, zum Teil Personen aus anderen Bereichen, die von Fragen rund um die die Pflege betroffen sind.

Noch im Mantel am Lobbyieren

Bei der Ankunft im Hotel Kreuz an der Zeughausgasse treffen wir Patrick Imhof von Spitex Schweiz, der am heutigen Anlass als Vertreter der Arbeitgeber ein Referat halten wird. «Unsere Gegner», scherzt Yvonne Ribi, Patrick Imhof

lacht. Man kennt sich gut und weiss, dass man angesichts der mehr als schwierigen Lage beim Personal zusammenarbeiten muss, auch wenn man nicht bei allen Fragen einer Meinung ist. Bei der Tür zum Saal treffen wir auf eine SVP-Politikerin: «Das ist doch eine reine Standesinitiative», kritisiert sie die Pflegeinitiative, die heute auf dem Programm steht. Yvonne Ribi, noch im Mantel, widerspricht: «Es geht nicht um goldene Wasserhähnen für die Pflegenden, sondern es geht um die Sicherheit der Patientinnen und Patienten!» Sie wird am Anlass gemeinsam mit Rebecca Spirig vom Institut für Pflegewissenschaft sprechen. Auf dem Programm steht weiter ein Referat von Jürg Schlup, dem Präsidenten der Ärztevereinigung FMH.

Zur Begrüssung ergreift die Solothurner SP-Nationalrätin Bea Heim das Wort. Sie ist Mitglied der Initiativkomitees und führt durch den ganzen Anlass. Sie macht deutlich, dass der Bund keineswegs untätig gewesen sei in Sachen Pflege, immerhin sei es dank «Master-

plan Bildung Pflegeberufe» gelungen, die Ausbildungszahlen auf Stufe Sek II zu steigern. Dazu käme der Massnahmenplan des EDI, mit dem Lösungen zur Bekämpfung des Personalmangels gesucht würden. Seit 1996 habe es zudem aus dem Parlament 47 Vorstösse zur Pflege gegeben.

Argumente untermauern

In ihrem Referat erklären Yvonne Ribi und Rebecca Spirig anhand von zahlreichen Statistiken und Forschungsergebnissen, weshalb die Pflegeinitiative notwendig ist: Die Tatsache, dass seit Jahren zu wenig Personal ausgebildet wird, dass der Bedarf in den nächsten Jahren steigen wird, dass 80 Prozent der Pflege im Bereich der Grundversorgung geleistet wird. Die Forderung nach genügend Pflegefachpersonal vor dem Hintergrund des «Safe Staffing» und den zahlreichen Risiken, die mit einem Mangel an Personal einhergehen, und vor allem mit einem Mangel an diplomiertem Pflegefachpersonal: Steigende Mortalität und Komplikationsraten, Fehler bei der Verabreichung von Medikamenten, Infektionen und Rehospitalisationen. Die Problematik der Rahmenbedingungen, damit das Pflegepersonal möglichst lange im Beruf bleibt. Die Notwendigkeit eines kompetenzgerechten Einsatzes des Personals, verbunden mit der Forderung, dass bestimmte pflegerische Leistungen in eigener Verantwortung erbracht werden können.

Was ist der richtige Weg?

Patrick Imhof würdigt im Anschluss im Namen der Arbeitgeber – konkret H+, Spitex Schweiz, Curaviva, Senesuisse

Der SBK präsentierte seine mit Studienergebnisse untermauerten Forderungen.



und ASPS – die Forderung der Pflegeinitiative. Es brauche eine Stärkung der Pflege. Auch er wies noch einmal auf die Probleme hin und ergänzte weitere Faktoren: den sozialen und kulturellen Wandel mit einer steigenden Zahl an Einpersonenhaushalten, die zunehmende Komplexität der Pflegesituationen, segmentierte Versorgungsstrukturen und unterschiedliche Anreize bei der Vergütung, Kostendruck.

Es sei das Verdienst der Pflegeinitiative, dass sie das Thema aufs politische Tapet gebracht habe. Die Arbeitgeber unterstützten, so Imhof, sowohl die Forderung nach dem eigenverantwortlichen Bereich als auch nach einer ausreichenden Finanzierung. Aber die Initiative sei nicht der richtige Weg: Eine Volksinitiative betreffe die Verfassung (und nicht das Gesetz): «Das ist ein langes Gleis.» Die Pflegeinitiative sei zu vage formuliert, blende die interprofessionelle Zusammenarbeit aus, greife in kantonale Befugnisse und die betriebliche Verantwortung ein und habe unklare finanzielle Folgen. Die Arbeitgeber fordern daher einen indirekten Gegenvorschlag mit folgenden Inhalten: Eigenverantwortliche Leistungserbringung, ausreichende Abgeltung und die Förderung der beruflichen Entwicklung des Personals: Dazu gehöre etwa, dass nachgewiesene Aus- und Weiterbildungskosten als Teil der Pflegekosten zu betrachten sind und dass Personen mit einer Grundausbildung während ihrer tertiären Ausbildung ausreichend entgolten werden: «Eine FaGe verdient im dritten Lehrjahr rund 1300 Franken, nach der Ausbildung etwa 4500 und soll dann während zwei Jahren in der HF mit nur 1000 Franken zurecht kommen? Damit setzt man keine Anreize.»

Support von der FMH

«Wir brauchen Pflegefachpersonen, die wissen, was zu tun ist.» Jürg Schlup, der Präsident der Ärzteorganisation FMH, erklärte den Anwesenden, weshalb sie die Pflegeinitiative unterstützen. Er machte deutlich, dass bereits heute der Nachwuchs zur Hälfte aus dem Ausland stammt. Es gelte, die Ausbildungszahlen zu erhöhen und den Berufsverbleib zu fördern. Dafür brauche es gute Bedingungen, also auch den Einsatz gemäss Ausbildung und Kompetenz. «Der Pflegeberuf ist faszinierend. Aber wenn man einen Beruf wählt, in dem man Menschen unterstützen kann, dann aber merkt, dass

man das wegen Mangel an Zeit nicht kann, führt das zu Frustrationen und letztlich zum Ausstieg.»

«Es ist fünf nach zwölf!»

Die abschliessende Diskussion drehte sich mehrheitlich um die Frage, ob nun die Pflegeinitiative oder ein indirekter Gegenvorschlag eher das Mittel der Wahl sei, und ob allenfalls eine Neuaufgabe der parlamentarischen Initiative Joder schon ausreichen würde. Bis eine anwesende Pflegefachfrau das Wort ergriff und den Anwesenden klar machte: «Ich arbeite in der Praxis. Der Pflegeberuf droht nicht, er ist da. Es ist nicht fünf vor zwölf, sondern fünf nach zwölf!» Diese Aussage wurde von einem SVP-Politiker bedingungslos unterstützt: «Der Zug ist doch schon längst

abgefahren!». Er ist Co-Leiter eines Pflegeheims und stellt fest: «Der Mensch ist verschwunden! Es geht nur noch um Pflegeminuten und Geld. Wenn in meinem Heim drei Bewohner sterben, muss ich Pflegefachfrauen für den nächsten Tag frei geben, weil die Kassen die Pflegeminuten nicht bezahlen!» Den Kantonen und Gemeinden würden unter dem Stichwort «Restfinanzierung» laufend weitere Kosten aufgebürdet, «aber wo sollen die das Geld hernehmen?»

Botschaft ist angekommen

Der Anlass machte deutlich, dass die Notlage von links bis rechts ins Bewusstsein der Politik gerückt ist und dass Nichtstun keine Lösung mehr sein kann. Man darf gespannt sein auf die weitere Entwicklung.



Polit-Jahr 2019

Im Herbst 2019 finden nationale Wahlen statt. Zudem befindet sich die Pflegeinitiative in der heissen parlamentarischen Phase. Die Rubrik «unter der Kuppel» beleuchtet deshalb in jeder Ausgabe ein für die Pflege relevantes politisches Thema.

Parlamentarische Beratung hat begonnen

Am 24. Januar war die Pflegeinitiative mit der Anhörung des Initiativkomitees und einer Grundsatzdiskussion thematisiert. Je nach Ausgang der Diskussion findet am 14. Februar eine zweite Beratung statt.

Austritt aus dem Massnahmenplan

Der Bundesrat hatte bereits im Frühling 18 das eidgenössische Departement des Innern (EDI) damit beauftragt, einen «Massnahmenplan Volksinitiative für eine starke Pflege» auszuarbeiten, um das Fachkräfteproblem in der Pflege anzugehen. Nachdem aber in der Botschaft des Bundesrats vom 7. November klar wurde, dass für diesen Massnahmenplan keine finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden, ist der SBK unter Protest ausgetreten. «Es bringt nichts über Massnahmen zu diskutieren, wenn für deren Umsetzung keine Mittel zur Verfügung stehen», erklärte Vize-Präsidentin Sophie Ley in der Medienmitteilung vom 21. Januar. Auch die Ärztevereinigung FMH arbeitet nicht weiter beim Massnahmenplan mit.

Die aktuellsten Informationen finden Sie im SBK-Info ab Seite 93 und auf www.sbk-asi.ch